

18. Februar 2022

Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2023

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

nach fast drei Jahren Corona-Krise mit zahlreichen Einschränkungen für das öffentliche Leben wünschen sich die Menschen nichts Sehnlischer als wieder mehr Normalität. Man will wieder auf die Straße gehen, uneingeschränkt einkaufen können und Feste feiern wie es vor der Pandemie war.

Leider hat der Überfall der Ukraine durch Russland uns die nächste Krise beschert. Viele Flüchtlinge, die brutal aus ihrer Heimat vertrieben wurden, gilt es bei uns unterzubringen. Die Abhängigkeit von russischem Gas hat uns die Notwendigkeit alternativer Energieversorgung aufgezeigt. Zusammen mit dem Postulat des immer dringlicher werdenden Klimaschutzes und der notwendigen Transformation in der Industrie stellt die Energiekrise eine der großen Herausforderungen dar, die in Zukunft die kommunalen Haushalte belasten. Globale Ereignisse bestimmen zunehmend das Geschehen auch in unserer Stadt, ohne dass wir großen Einfluss darauf haben.

Vielleicht steht hier das im vergangenen Jahr zum Aufreger gewordene Thema Zwetschenstadt für die Sehnsucht der Menschen nach Zugehörigkeit und Heimat. Auch wenn die Zwetschge ihre marktbeherrschende Rolle längst verloren hat, ist sie ein Symbol für eine Bühler Erfolgsgeschichte und auch Bühler Lebensfreude, wozu insbesondere das überregional bekannte Zwetschenfest zählt. Wir freuen uns, dass unser Antrag zu einer Debatte über die Identität der Stadt beigetragen hat und mit Hilfe der Narrhalla große Teile der Bevölkerung erreicht hat.

So wie die Bühler Zwetschge ihre besten Jahre hinter sich hat, scheint es auch aktuell mit dem städtischen Haushalt zu sein. Die Zeiten sprudelnder Gewerbesteuereinnahmen gehören inzwischen der Vergangenheit an und die Stadt muss sich den neuen finanziellen Rahmenbedingungen jährlich anpassen. Das ist kein leichter Weg, denn Einschränken ist nicht populär und führt zwangsläufig zu Widerständen bei den Betroffenen. Neue Aufgabenfelder wie Digitalisierung, Flüchtlingsbetreuung, Wohngeldreform, Ganztagesbetreuung an Grundschulen, Klima- und Umweltschutzmaßnahmen stehen da konträr zu den mühseligen Einsparbemühungen, da für die wachsenden Aufgaben zunehmend neues Personal benötigt wird.

In dieser Hinsicht wurde der eingereichte Haushaltsentwurf 2023 optimistisch, aber doch sehr knapp kalkuliert, um noch ein positives Ergebnis von knapp 200.000 Euro ausweisen zu können. So sind die Personalkosten gegenüber dem Vorjahr lediglich um 2,3% höher einkalkuliert. Die aktuellen Tarifforderungen für einen Lohn- und Inflationsausgleich liegen derzeit bei 10,5 %. Wie der aktuelle Mehrbedarf von 16 Stellen finanziert wird, ist für uns

nicht ersichtlich, zumal noch weitere Besetzungswünsche seitens der Verwaltung bereits angekündigt sind. Der steigende Personalbedarf stimmt uns bedenklich, zumal auch der Fachkräftemangel die Stadtverwaltung erreicht hat und nicht alle erforderlichen Stellen adäquat besetzt werden können. Das wird eine große Herausforderung für die künftige Personalpolitik, um zumindest die Wahrnehmung kommunaler Pflichtaufgaben gewährleisten zu können.

Sicherlich könnte man wie in der Vergangenheit weiterhin auf höhere Steuereinnahmen hoffen oder den städtischen Haushalt noch etwas mehr „ausquetschen“. Letztendlich wird man den Weg der Haushaltskonsolidierung unabdingbar begehen müssen, nach unserer Auffassung noch viel ernsthafter und konsequenter, um das prognostizierte Ziel des Haushaltsausgleichs erreichen zu können.

Akzeptabel ist aus unserer Sicht, dass man aufgrund des finanziellen Kraftaktes für den Neubau der Mensa im Campus und Sanierung des Windeck-Gymnasiums sich bei den weiteren Investitionen auf das Notwendigste beschränkt. Beide Großprojekte binden auf Jahre die finanzielle Leistungsfähigkeit der Stadt. Aus unserer Sicht hätte die Mensa kleiner und günstiger ausfallen können oder mit Zwischenlösungen erst nach der Sanierung des Windeck-Gymnasiums erfolgen können. Jedes Jahr hätte hier erhebliche energetische Einsparungen gebracht und zu einer Refinanzierung beigetragen. Angesichts des weiterhin hohen Wohnungsbedarfes sollte die Stadt Wohnbauprojekte unterstützen und vorgesehene Baugebiete zeitnah erschließen.

Sehr bedauerlich finden wir, dass das Jubiläum 50 Jahre Große Kreisstadt seitens der Stadt kaum gewürdigt wird. Ohne die Eingemeindungen wäre Bühl nicht das geworden, was es heute ist. Auch wenn der Sparzwang groß ist, sollten die ortsspezifischen Erfordernisse berücksichtigt werden und hoffnungsvolle Bürgerinitiativen realisierbare Perspektiven erhalten. Lebendige Ortschaften bereichern uns als Große Kreisstadt wie erfolgreiche Beispiele zeigen. Die Einbindung von Bürgerinnen und Bürger und ehrenamtliches Engagement finden hier im besonderen Maße statt und dies sollte man nicht am langen Arm verhungern lassen.

Unser Dank gilt daher allen, die sich für das Gemeinwohl engagieren, in Vereinen oder örtlichen Gruppierungen, insbesondere aber auch allen, die sich für die Flüchtlinge sowie notleidenden Menschen einsetzen. Wir danken der örtlichen Wirtschaft für die Schaffung und Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen und für die nach wie vor starke Finanzkraft der Stadt. Ein Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Bedanken möchten wir uns auch für die konstruktive Zusammenarbeit im Gemeinderat.

Die CDU-Fraktion stimmt dem vorgelegten Haushaltsplan und den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe 2023 zu.